

II- 9933 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4947 13

1990 -02- 01

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Probst
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend behindertengerechte Autobusse in Wien

Ende 1989 wurde im Wiener Gemeinderat der Antrag gestellt, die Stadt Wien möge zu Testzwecken Niederflur-Autobusse in Betrieb nehmen, die eine neben der Tür befindliche Hubplattform besitzen, über die sowohl Rollstühle als auch Kinderwagen problemlos in das Wageninnere gelangen können. Derartige Autobusse sind in einigen Ländern erfolgreich im Einsatz und ermöglichen es insbesondere Behinderten, sich ungehindert fortbewegen zu können.

Der zuständige Verkehrsstadtrat Johann Hatzl lehnte den Testeinsatz dieser Niederflur-Autobusse mit der Begründung ab, daß es dadurch in den Stationen zu überlangen Aufenthaltszeiten käme und in Wien ohnedies eigene Behinderten-Fahrtendienste zur Verfügung stünden.

Die Behinderten-Fahrtendienste wurden in Wien als Übergangslösung bis zur Einführung auch durch Behinderte benutzbarer Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt. Nunmehr wird jedoch die Erprobung behindertenfreundlicher öffentlicher Verkehrsmittel mit der Begründung abgelehnt, die Behinderten-Fahrtendienste würden eine solche Investition überflüssig machen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß die Behinderten-Fahrtendienste nicht nur kostspielig, sondern auch für die Behinderten umständlich sind und einige Zeit voraus geplant werden müssen, weshalb sie zwar als ein Schritt in die richtige Richtung, nicht aber als endgültige Lösung des Mobilitätsproblems Behinderter angesehen werden können.

Die Erklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat vom 28. Jänner 1987 hat u. a. das Versprechen enthalten, die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte auf dem Gebiet der Rehabilitation und Integration behinderter Menschen mit der Realisierung eines umfassenden Konzepts fortzusetzen. Dazu gehört nach Meinung der unterfertigten Abgeordneten sicherlich auch die Einrichtung öffentlicher Verkehrsmittel, die auch für Behinderte problemlos benützbar sind.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Was halten Sie von der Weigerung des Wiener Verkehrsstadtrates Johann Hatzl, behinderten- und mütterfreundliche Niederflur-Autobusse in Wien zu testen?
- 2) Durch welche Maßnahmen wurden in Ihrem Ressort seit Beginn der Gesetzgebungsperiode die Rehabilitation und Integration behinderter Menschen gefördert?